



**Gleichberechtigt Zukunft gestalten.
Darauf kommt's uns an!**

**Beschluss des 34. Bundesdelegiertentages
der Frauen Union der CDU Deutschlands,
28. August 2021, Berlin (digital)**

**Frauen Union der
CDU Deutschlands**

Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin
Telefon 030/22070-453
Telefax 030/22070-439
www.frauenunion.de
fu@cdu.de

CDU

Gleichberechtigt Zukunft gestalten. Darauf kommt's uns an!

Die Welt verändert sich und mit ihr steht auch Deutschland vor enormen Herausforderungen: Globalisierung, Klimawandel, Digitalisierung und neue internationale Machtzentren. Gleichzeitig sehen wir im Brennglas der Pandemie, wo die Schwachstellen staatlicher Strukturen und politischer Planungs-, Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse liegen. Wir beobachten Tendenzen eines Rückfalls von Frauen und Männern in alte Rollenmuster. Frauenfeindliche Hetze, Gewalt und Sexismus nehmen mehr und mehr zu.

Wir als Frauen Union treten entschieden diesen Entwicklungen entgegen und positionieren uns deutlich gegen jegliche dieser Formen von Gewalt an Frauen. Die aus den strukturellen Ungleichheiten resultierenden Herausforderungen nehmen wir aktiv an und gestalten sie mit klarer Zukunftsorientierung – partnerschaftlich und gleichberechtigt. Frauen haben in der Krise einmal mehr gezeigt, was sie können und wie wichtig und notwendig ihr Beitrag für eine gute Zukunft ist. Ihre Gleichstellung muss endlich in allen Lebensbereichen selbstverständlich werden.

Demokratie kann nur gelingen, wenn sie von Frauen und Männern gemeinsam und gleichberechtigt gestaltet wird. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau als Grundwert unserer Verfassung ist nicht nur elementares Prinzip unserer Demokratie, sondern zugleich Handlungsauftrag für alle staatlichen Ebenen. Bestehende Defizite müssen umgehend abgebaut werden. Frauen tragen und gestalten unsere Gesellschaft in allen Bereichen durch ihr Engagement, auch in Krisen.

Geschlechtersensibilität in der Politik bedeutet, genau hinzusehen, zuzuhören und entschieden zu handeln. Wir brauchen eine übergreifende geschlechterdifferenzierte Analyse und Herangehensweise. Denn ein und dieselbe Maßnahme kann sich für Frauen anders auswirken als für Männer. Das Kurzarbeitergeld hilft vor allem Menschen in gesicherten Vollzeit-arbeitsverhältnissen. Das sind immer noch überwiegend Männer. Frauen, die häufiger geringere Einkommen haben, in Teilzeit arbeiten oder ihre Mini-Jobs verloren haben, hatten dadurch keine auskömmliche Existenzsicherung. Home-Office während der Pandemie hat vor allem Frauen in alte Rollenmodelle gedrängt und ihre Mehrfachbelastung verstärkt. Die Unterschiede zeigen sich in vielen Bereichen, so begegnet etwa Hass und Hetze im Netz Männern wie Frauen. Sexualisierte Gewalt im Netz trifft aber vor allem Frauen. Die medizinische Forschung zeigt, dass Frauen anders krank werden und Medikamente anders wirken. Auch der Einsatz von KI im Gesundheitsbereich fordert daher für Frauen und Männer unterschiedliche

Logarithmen. Diese Unterschiede zu erkennen und zu berücksichtigen, ist die Basis für eine sachlich fundierte, effiziente Gender-Politik im Sinne der gesamten Gesellschaft.

Gleichstellung muss sich wie ein roter Faden durch alle Politikbereiche ziehen. Frauen wollen, werden und müssen gleichberechtigt die großen Zukunftsaufgaben mitgestalten und prägen, die vor uns liegen. Ihre Erfahrungen, ihre Kompetenzen und ihre Sichtweisen werden gebraucht, damit unser Land gut für die Zukunft aufgestellt ist. Es ist ihr gutes Recht, als Frauen angesprochen und vertreten zu sein. Um wirksam sein zu können, brauchen Frauen mehr Sichtbarkeit und Gestaltungsmacht. Um Gleichstellung dauerhaft voranzubringen und zu festigen, müssen strukturelle Hürden und Nachteile überwunden werden. Deshalb müssen wir z.B. endlich die Lohnsteuerklasse V abschaffen, sozialversicherungsrechtliche Sonderregelungen für auf Dauer angelegte Mini-Jobs streichen, für faire Bezahlung in sozialen Berufen sorgen, den Zugang zur Arbeitslosenversicherung für Selbständige erleichtern, eine Pflichtversicherung für Solo-Selbständige einführen sowie den Arbeitsplatz Haushalt finanziell attraktiver machen und ausbauen. Generell wollen wir einen Gleichstellungs-Check für politische Maßnahmen einführen.

Familien waren in der Krise besonders herausgefordert und belastet. Sie haben unter enormer Belastung Einzelner Vieles aufgefangen und einen entscheidenden Anteil an der Stabilisierung unserer Gesellschaft. Wir wollen Familien durch einen Nationalen Aktionsplan Familie stärken und Entscheidungen so mit ihnen und für sie treffen. Bund, Länder und Kommunen sollen gemeinsam mit Familien und deren Organisationen und Verbänden gezielte differenzierte Unterstützung für Familien in allen Lebenslagen auf allen staatlichen Ebenen erarbeiten und umsetzen. Ähnlich wie im Nationalen Aktionsplan Integration der Bundesregierung wollen wir Familien in den Prozess der Erarbeitung einbeziehen, sie beteiligen und so konkrete Vorhaben erarbeiten, die im Laufe der Legislaturperiode umgesetzt werden. Durch ein lebensphasenorientiertes, flexibles Familien- und Lebensarbeitszeitkonto wollen wir Partnerschaftlichkeit besser ermöglichen.

Den Chancen und Perspektiven von Kindern und Jugendlichen wollen wir nach einem Jahr Homeschooling, eingeschränkter sozialer Kontakte und fehlender Aktivitäten in Sport- und Freizeitvereinen besondere Aufmerksamkeit widmen. Damit alle den Anschluss finden und sich darüber hinaus gut entwickeln, muss die Kinder- und Jugendsozialarbeit rasch ausgebaut und stärker mit Ärztinnen und Ärzten, Jugendämtern, Erzieherinnen und Erziehern sowie Schulen vernetzt werden.

„Neustaat“. Deutschland muss zukunftsfähig werden und deshalb als Land besser, schneller und flexibler agieren können. Mögliche Wege wurden bereits von vielen Expertinnen und Experten beschrieben. Wie ein

Schlaglicht hat die Pandemie zugleich Stärken und Schwächen unseres Staates gezeigt. Jetzt braucht es den Mut zur Aufgabenkritik und dazu, Strukturen, Planungs- und Entscheidungsprozesse zu hinterfragen und Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten neu zu denken. Dazu gehören auch grundsätzliche politische Handlungs- und Finanzierungsstrategien. Im modernen und handlungsfähigen Staat dürfen nicht Zuständigkeiten und Ressortgrenzen, sondern müssen die Bedürfnisse der Menschen Ziel und Orientierung staatlichen Handelns und staatlicher Strukturen sein. Bürgerinnen und Bürger sollen zudem befähigt werden, Prozesse selbst zu steuern. Die vor uns liegenden großen politischen Herausforderungen sind vielfach Querschnittsaufgaben, die sich nicht an Ressortgrenzen festmachen und isoliert meistern lassen. Wir wollen das Zusammenspiel im Bund, mit den Ländern, Kommunen und der Bürgerschaft sowie die Zusammenarbeit in der Europäischen Union daraufhin überprüfen und weiterentwickeln.

Prävention muss zum selbstverständlichen Prinzip vorausschauender und vorsorgender Politik werden. Die Schicksale und möglichen Folgen von Konflikten, die erst gar nicht entstehen, von Infektionen, die frühzeitig verhindert werden, oder Emissionen, die unterbleiben, müssen weder betrauert noch aufwändig behoben, langwierig und intensiv bekämpft oder umfangreich ausgeglichen werden. Um in Krisen oder bei unvorhersehbaren Ereignissen wie Naturkatastrophen, Pandemien, Bürgerkriegen, Flüchtlingsbewegungen oder Versorgungsengpässen nicht nur reagieren zu können bzw. um besser vorbereitet zu sein, muss Deutschland vorausschauend agieren und dabei die weltweite Vernetzung und wechselseitige Abhängigkeiten mit einbeziehen.

Nachhaltigkeit muss ein zentrales Leitmotiv für die notwendigen strukturellen Veränderungen sein. Wir schulden unseren Kindern und Enkelkindern die Bewahrung der Schöpfung. Diese Verantwortung für Klima-, Umwelt- und Naturschutz ist Teil unseres christlichen Menschenbildes. Die Verantwortung für die natürlichen Lebensgrundlagen auf unserer Erde verbinden wir mit wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung. Umwelt- und Klimaschutz sind kein Gegensatz zu Arbeitsplätzen, Wachstum und sozialer Sicherung. Unser Ziel ist Klimawohlstand und steht für einen ganzheitlichen Ansatz für Nachhaltigkeit in allen Bereichen. Wir setzen uns dafür ein, die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 auf lokaler Ebene umzusetzen, um die globalen Auswirkungen insgesamt positiv zu beeinflussen.

Digitalisierung verändert die Welt und die Art wie wir leben und arbeiten. Die Pandemie hat diesen Wandel beschleunigt. Wenn wir in Deutschland nicht Getriebene sein wollen, müssen wir auf die Überholspur wechseln. Um Veränderungen voranzutreiben, müssen Frauen selbst die Gestalterinnen und Wegbereiterinnen der Digitalisierung sein. Nur dann werden

auch ihre Erfahrungen und Sichtweisen, ihre Interessen und Bedürfnisse etwa bei der Digitalisierung von Bildung, neuen Produkten und Dienstleistungen, in der Medizin oder bei der Entwicklung von innovativen Algorithmen und Künstlicher Intelligenz bzw. bei der Gestaltung der Arbeitswelt von Morgen berücksichtigt werden. Wir wollen verfestigte, traditionelle Rollenbilder und geschlechtsspezifische Zuschreibungen von Berufen und Tätigkeiten strukturell aufbrechen. So programmieren Frauen ihre Zukunft.

Zusammenhalt ist die Voraussetzung und der Kitt für eine menschliche Gesellschaft. Wir wollen gesellschaftlichen Zusammenhalt durch eine Politik der Mitte stärken, die Eigenverantwortung mit sozialem Ausgleich verbindet. Wir wollen, dass Deutschland ein Chancen- und Aufstiegsland ist, unabhängig von Alter, Geschlecht oder Herkunft. Dafür wollen wir die gesellschaftlichen Bindungskräfte stärken und die gemeinsame Verantwortung durch die weitere Förderung des Ehrenamts unterstreichen. Wir brauchen auch deshalb eine gute Bildung, verlässliche Betreuung und gerade jetzt gezielte Chancenangebote für benachteiligte Kinder und Jugendliche. Einsamkeit ist ein wachsendes und kein ausschließliches Phänomen des Alters, dem wir mehr Aufmerksamkeit widmen müssen. Dazu gilt es, zeitgemäße, spezifische Konzepte gegen Vereinsamung zu entwickeln und aktivierende sozialräumliche Strukturen aufzubauen und zu stärken.

Sicherheit vor Kriminalität und Gewalt, ob auf der Straße, im familiären Umfeld oder im Netz muss selbstverständlich sein. Hass und Hetze, Einschüchterung und Bedrohung wirken wie ein schleichendes Gift. Dem müssen wir mit aller Konsequenz entgegentreten. Frauenfeindliche Weltbilder finden besonders in extremistischen Gruppen oder der sogenannten Incel-Bewegung zunehmend Anhänger. Frauenfeindlichkeit richtet sich nicht nur gegen tatsächliche Gleichberechtigung, sondern sie ist zugleich der Versuch, Demokratie zu untergraben. Frauenfeindlichkeit und Extremismus muss politisch, aber auch mit aller strafrechtlichen Konsequenz, Einhalt geboten werden. Grundlage dafür ist auch die gesonderte Erfassung frauenfeindlich motivierter Straftaten in der polizeilichen Kriminalstatistik. Wir werden nicht hinnehmen, dass Frauen beschimpft, herabgewürdigt und mundtot gemacht werden, nur weil sie Frauen sind. Diese Gewalt gegen Frauen muss als solche erkannt, benannt und bekämpft werden. Wir wollen, dass der Staat seinem Schutzauftrag für die Menschenwürde besser gerecht wird. Deshalb treten wir für einen wirksamen Schutz gegen Menschenhandel, Zwangsprostitution und Zuhälterei ein. Wir wollen konkrete Schritte für einen besseren Schutz von Prostituierten vor Ausbeutung und Gewalt. Dazu gehören für uns vor allem attraktive Ausstiegsprogramme und perspektivisch ein Sexkaufverbot.

Geschlechtergerechtigkeit ist die Voraussetzung nachhaltiger Entwicklung. Die Europäische Union ist eine Werte- und Rechtsgemeinschaft, Gleichberechtigung ein wesentlicher Bestandteil ihres Fundaments. Die Europäische Union muss die Einhaltung dieses Grundsatzes von allen Mitgliedsstaaten einfordern, Verstöße gegen rechtliche Vereinbarungen ahnden und auf die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung drängen.

Die UN-Resolution 1325 muss umgesetzt werden. Wir wollen die vollständige und gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Friedens- und Sicherheitsprozessen erreichen sowie sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt beenden. Geschlechtergerechtigkeit in Krisenregionen zu fördern hilft allen, denn Effektivität und Nachhaltigkeit von Friedens- und Sicherheitsprozessen profitieren davon.

Parität. Frauen und Männer müssen gleichberechtigt in Ämtern und Mandaten in den Parlamenten und den Regierungen vertreten sein. Deshalb muss die nächste Bundesregierung vom Bundeskabinett bis zur Ebene der Parlamentarischen Staatssekretärinnen und Staatssekretäre zur Hälfte mit Frauen besetzt werden. Die CDU hat gezeigt, dass Frauen höchste Staatsämter überzeugend ausfüllen und gut regieren.

Wir fordern, dass der nächste Bundestag eine Modernisierung der Parlamentsarbeit und Maßnahmen für eine gleichberechtigte Repräsentanz von Frauen und Männern im Bundestag für die dann folgende Bundestagswahl beschließt.

Die CDU muss auf ihrem nächsten Präsenzparteitag die Bundesvorstandsbeschlüsse zu den Ergebnissen der Struktur- und Satzungskommission für eine stärkere Vertretung von Frauen in Ämtern und Mandaten verabschieden und so für ihren Einflussbereich die Grundlage für die gleichberechtigte Vertretung von Frauen in der CDU sowie in Parlamenten und Regierungen in Bund, Ländern, Kommunen und in der Europäischen Union schaffen.